

Grüner OB äußert sich zu den Abschiebungen

Wenn Grüne merken, dass die Asylpolitik völlig aus dem Ruder gelaufen ist, dann ist es entweder bereits zu spät oder es handelt sich um einen echten Einzelfall. Bereits in der Vergangenheit hat der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer sich einwanderungskritisch geäußert. Jetzt stellte er fest, was andere bereits erkannt haben: Die Abschiebung der rund 450.000 abgelehnten Asylbewerber in Deutschland wird kaum gelingen. Auf Facebook erklärte der Grünen-Politiker: "Wie viele Abschiebungen schaffen wir? 2016 waren es 26.000. Im Jahr 2017 noch 23.000." Wenn man annehme, dass nach mittlerweile drei Jahren in Deutschland kaum jemand mehr freiwillig ausreise, dann seien laut Palmer 20 Jahre nötig, um alle 450.000 abzuschicken. Sein bitteres Fazit: "Nach spätestens acht Jahren im Land ist das aber auch rechtlich fast nicht mehr möglich."

Damit aber noch nicht genug. Auch die theoretische Möglichkeit, bei einem bestehenden Umsetzungswillen der Altparteien, lässt eine konsequente Rückführung kaum zu. Hierzu führt er aus: Es müssten mindestens 100.000 Menschen pro Jahr abgeschoben werden. Ist sowas möglich? Nein, schreibt Palmer, denn "es gibt weder die Richter, noch die Polizisten, die Verwaltungsjuristen, die man dafür kurzerhand freistellen könnte. Der Aufbau einer solchen Abschiebemacht würde selbst vier oder fünf Jahre dauern." Bis dahin seien die Fristen abgelaufen.

Wir Republikaner gratulieren Herrn Palmer zu dieser späten Erkenntnis, jedoch wäre diese Kritik vor der Einwanderung notwendig gewesen. Zudem stehen die Grünen für eine Politik, die mit einer umfangreichen Rückführung nicht zu vereinbaren ist.

Griechenland will 280 Milliarden von Deutschland

Kaum ist Griechenland aus dem EU-Rettungsschirm raus, schon werden neue Einnahmequellen gesucht. Jetzt werden Forderungen nach Reparationen wieder laut. Ein Dorf auf Kreta, in dem deutsche Truppen 1943 ein Massaker verübt haben sollen, wird zum Märtyrerort erklärt. Gleichzeitig wurden Forderungen an Deutschland verkündet. Hunderte Milliarden Euro schulde Deutschland für die Besatzungsherrschaft, behaupten griechische Politiker erneut. 280 Milliarden sollen es laut einer Studie sein, die aber nur die Regierung selber kennt und unter Verschluss hält. Es geht aktuell darum, politisch-moralischen Druck gegenüber Deutschland aufzubauen, damit die leeren Kassen sich vielleicht doch noch füllen.

Die Reparationsfrage ist völkerrechtlich aber abschließend geregelt: erstens durch das Globalabkommen zwischen den Regierungen in Athen und Bonn von März 1960; zweitens durch Griechenlands implizite Zustimmung zum Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990.

Das scheint die Pleite-Griechen aber nicht zu interessieren und anstatt für die Rettung aus der Wirtschaftskrise zu danken, werden wieder Forderungen gestellt, die an Unverschämtheit kaum zu überbieten ist.

EU versenkt 3,3 Milliarden Euro und feiert sich

Die EU hat im vergangenen Jahr 3,3 Milliarden Euro bei der Verteilung von Fördergeldern unrechtmäßig ausgegeben. Zu diesem Ergebnis kommt jetzt ein Bericht des Europäischen Rechnungshofs. Wer aber nun an Empörung denkt liegt falsch. Im Gegenteil, denn die Fehlerquote lag damit bei 2,4 Prozent – gegenüber 3,1 Prozent im Jahr 2016. Daher wird die Reduzierung gefeiert und als Erfolg gewertet. Das EU-Budget wird hauptsächlich von der EU-Kommission verwaltet. Nach Angaben der Rechnungsprüfer waren bei den EU-Zahlungen aber genügend Informationen verfügbar, um sogar noch mehr Fehler zu vermeiden. Die EU-Staaten hätten es aber einfach teilweise versäumt, genauer hinzuschauen.

Erdogans weiterer Islamisierungsbesuch

Erdogan hat Deutschland wieder mit einem Besuch "beglückt". Regelmäßig beseelt er seine Fangemeinde in unserem Land, die gerne von Gutmenschen als vorbildlich integriert bezeichnet werden, um diese als treue Wählerschaft zu binden. Das viele seiner Fans auch in der dritten Generation sich als Türken sehen, wird im Zuge der angeblich gelungenen Integrationseuphorie gerne ausgeblendet. Bei dem Besuch des türkischen Präsidenten fiel aber u.a. auf, dass er öfter mit vier Fingern grüßt, wenn er auf jubelnde Anhänger trifft. Dieser Gruß, bei dem vier Finger in die Luft gereckt werden und der Daumen angewinkelt auf die Handfläche gepresst wird, ist nach Expertenmeinungen das Symbol der islamistischen Muslimbrüder. Damit dürfte Erdogan auch den außerhalb der Türkei lebenden Muslimen deutlich machen, dass er den Islamismus unterstützt. In Ägypten ist dieser Gruß unter Strafe gestellt. In Deutschland oder der Türkei scheint sich niemand dafür zu interessieren.

Freiheitlich, konservativ, sozial



Alleine in den vergangenen vier Jahren wurde den Bürgerinnen und Bürger ein weiterer Teil ihrer verbliebenen Werte und Kultur beraubt.

Ursächlich hierfür ist die Politik der Altparteien, die sich auf die gesellschaftliche und soziale Entwicklung dauerhaft nachteilig auswirkt. Gerade deshalb ist es heute umso wichtiger, dass sich kritische und patriotische Bürger gegen diese fortdauernde Veränderung positionieren. Deshalb arbeiten wir Republikaner auch mit Bürgerinitiativen und anderen konservativen Vereinigungen zusammen, denen unser Land am Herzen liegt. Keine Gemeinsamkeiten finden sich bei uns mit Verfassungsfeinden oder rückwärtsgewandten Parteien, denn echte Patrioten sind keine Extremisten. Wir appellieren daher an alle heimatverbundenen Bürger: Setzen Sie sich in unserer Gemeinschaft für eine politische Veränderung ein und bewahren wir unser Land vor den Altparteien.

Kundgebung in Köthen



Das OVG Magdeburg hatte eine Beschwerde des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zurückgewiesen und das Verwaltungsgericht Halle in seinem Beschluss über

eine Kundgebung auf dem Köthener Marktplatz bestätigt. So konnte die Kundgebung stattfinden, die vor dem Hintergrund der Tötung eines weiteren Deutschen durch Migranten angemeldet wurde. Über 500 Teilnehmer besuchten die Veranstaltung, während DGB und andere Vereinigungen entfernt eine Gegenkundgebung abhielten. Prominente Redner prangerten das Asylchaos an und die Auswirkungen auf unsere Bevölkerung. Sogar ein Angehöriger des Opfers sprach zu den Demonstranten.

Kundgebungen und Grillfest am 3.10



Auch in diesem Jahr trafen sich in Düsseldorf wieder Mitglieder unserer Partei, um den Tag der Deutschen Einheit gemeinsam zu feiern. Während in Düsseldorf und anderen Städten versprengte Linkschaoten unter dem Motto "Deutschland, halt's Maul" ihren Hass gegen unsere Heimat darstellten, feierten wir die Wiedervereinigung und genossen den schönen Spätsommertag.

Natürlich gab es auch patriotische Kundgebungen am Tag der Deutschen Einheit, an denen sich Mitglieder und Anhänger unserer Partei beteiligten. Getreu den üblichen medialen Vorgehensweisen wurden diese Veranstaltungen umfangreich in Presse und Rundfunk verunglimpft.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als

aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**



Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, z.B. am 30.09, um 10.00 Uhr, in Wiesental. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep-nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.